



**Geschäftsführung
Ausschuss Soziales und Senioren**

Frau Kutzer

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-29047

E-Mail: claudia.kutzer@stadt-koeln.de

Datum: 08.01.2010

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2009/2014 am Donnerstag, dem 26.11.2009, 15:30 Uhr bis 17:21 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Jochen Ott SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Herr Dr. Walter Schulz	auf Vorschlag der SPD
Herr Bernhard Ensmann	CDU
Frau Hildburg Holländer	CDU
Herr Niklas Kienitz	CDU
Herr Peter Krücker	auf Vorschlag der CDU
Herr Ossi Werner Helling	GRÜNE
Herr Horst Ladenberger	auf Vorschlag der Grünen
Frau Marion Lüttig	GRÜNE
Frau Katja Hoyer	FDP
Frau Regina Wilden	pro Köln

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Gisela Stahlhofen DIE LINKE

Vorschläge der Wohlfahrtsverbände

Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk des Evangelischen Kirchenverbandes Köln und Region	bis 16:36 Uhr anwesend
Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband	
Frau Maria Hanisch	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.	

Herr Stefan Kersjes	Arbeiterwohlfahrt	zu TOP A anwesend, später Zuhörer
Herr Marc Ruda	Deutsches Rotes Kreuz	
Frau Stella Shcherbatova	Synagogengemeinde	zu TOP A anwesend, später ZuhörerIn
Frau Ulrike Volland-Dörmann	Arbeiterwohlfahrt	
Herr Benzion Wieber	Synagogengemeinde	

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Herr Andreas Kossiski	auf Vorschlag der SPD	
Frau Lisa Steinmann	auf Vorschlag der SPD	
Herr Franz Xaver Corneth	auf Vorschlag der CDU	bis 16:15 Uhr anwe- send
Frau Dr. Christiane Köhler	auf Vorschlag der CDU	
Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen	
Frau Antje Fratini	auf Vorschlag der Grünen	
Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen	
Herr Jan Bennewitz	auf Vorschlag der FDP	
Frau Ellen Sänger	auf Vorschlag der pro Köln	
Herr Richard Klein	auf Vorschlag der Linken	

Verwaltung

Frau Beigeordnete Marlis Bredehorst	V, Dezernentin für Soziales, Integration und Umwelt
Frau Ina-Beate Fohlmeister	V/2, Interkulturelles Referat
Herr Jürgen Kube	5620, Wohnungsversorgungsbetrieb
Herr Josef Ludwig	56, Amt für Wohnungswesen
Herr Hans-Jürgen Oster	501, Amt für Soziales und Senioren
Frau Johanna Preßmar-Cuber	V/1, Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt
Frau Marita Reinecke	V/3, Behindertenbeauftragte
Herr Stephan Santelmann	50, Amt für Soziales und Senioren
Herr Olaf Wagner	50/0 ARGE

Schriftführerin

Frau Claudia Kutzer	V/1, Dezernat für Soziales, Integration und Umwelt
---------------------	--

Ausschussvorsitzender Herr Ott bittet zunächst um Verständnis dafür, dass es bei der Versendung der Ausschussunterlagen für die heutige Sitzung einige Probleme gegeben habe. Er gehe davon aus, dass diese Probleme bis zur nächsten Sitzung behoben werden können.

Herr Ott spricht sich dafür aus, dass künftig Tischvorlagen so weit wie möglich vermieden werden sollen.

Er schlägt vor, dass die Mitteilungen, die als Tischvorlage zur heutigen Sitzung hinzugekommen seien, in der nächsten Sitzung erneut auf die Tagesordnung genommen werden.

Des Weiteren schlägt Herr Ott vor, die Tagesordnungspunkte 4.1, 4.4, 10.1 zusammen zu beraten. Auf Grund eines Diskussionsbedarfs bei der CDU-Fraktion zu TOP 10.1 schlägt Herr Ott vor, die Beschlussfassung über diese Vorlage auf die nächste Sitzung zu vertagen.

Die Ausschussmitglieder erklären sich hiermit und mit der aktuellen Tagesordnung einverstanden.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- A. Verpflichtung von sachkundigen Bürgern und sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern gemäß § 5 Hauptsatzung (ohne schriftliche Vorlage)
- B. Bestellung einer Schriftführerin im Ausschuss Soziales und Senioren
4608/2009
- C. Aufzeichnung der Verhandlungen des Ausschusses für Soziales und Senioren auf Tonband
4610/2009

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

3 Beantwortung von Anfragen

- 3.1 Teilnahme von wohnungslosen Menschen an der Kommunal- und Bundestagswahl 2009
3989/2009

4 Mitteilungen

- 4.1 Daten und Fakten zum Bedarf an preiswertem Wohnraum
3345/2009
- 4.2 Kürzung von Fördermitteln 2009 hier: Interkulturelle Zentren und "Therapiezentrum für Folteropfer - Flüchtlingsberatung" im Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
4544/2009
- 4.3 Kürzung von Fördermitteln 2009
hier: Antirassismus-Training
4642/2009
- 4.4 Wohnen in Köln
Fakten, Zahlen und Ergebnisse 2008
4502/2009
- 4.5 Anpassung des vorübergehenden Unterbringungsbedarfs von Flüchtlingen im Zuweisungsverfahren
4565/2009
- 4.6 Winterhilfe 2009/2010 für wohnungslose Menschen
4614/2009
- 4.7 Sozialtarife für Strom- und Gasbezug
4506/2009
- 4.8 Kennzahlenvergleich 2008 der 16 großen Großstädte der Bundesrepublik Deutschland
4808/2009
- 4.9 Bericht der U 25 Arbeitskonferenz
4846/2009
- 4.10 Geplante Investitionen 2009 im Rahmen des ABM-Stadtverschönerungsprogramms
4792/2009
- 4.11 Sozialplanung / Sozialberichterstattung im Amt für Soziales und Senioren
4932/2009

5 ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln

- 5.1 Sachstandsbericht der ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln
4443/2009

5.2 Strategisches Integrationsprogramm 2010 der ARGE Köln
4449/2009

6 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

6.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 11/2009
4667/2009

7 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

8 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

8.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

8.1.1 Entwicklung von "Suppenküchen" in Köln
hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.04.2009
AN/0700/2009

Antwort der Verwaltung
3351/2009

8.1.2 Einbehalt der Beiträge für Krankenkasse und Rentenversicherung durch die
ARGE
hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 14.08.2009
AN/1302/2009

Antwort der Verwaltung
4009/2009

8.1.3 Aufgabe und Bedeutung der Verbraucherzentrale für die Stadt Köln
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 19.08.2009
AN/1231/2009

Antwort der Verwaltung
4603/2009

8.2 Aktuelle Anfragen

8.2.1 Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die ARGE Köln
hier: Anfrage der CDU Fraktion vom 04.11.2009
AN/1650/2009

**9 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes
Nordrhein-Westfalen**

9.1 Konzept Mehrgenerationenwohnen
hier: Förderung von 5 Projekten nach Vorgaben des o.a. Konzeptes
4554/2009

- 9.2 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training 2009
hier: Änderung von Verwendungszwecken der bereits vergebenen Mittel
4786/2009

10 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

- 10.1 Stadtentwicklungskonzept Wohnen
Handlungskonzept Preiswerter Wohnungsbau
3280/2009

11 Ausschussempfehlungen an den Rat

- 11.1 Einrichtung eines Referates für Lesben, Schwule und Transgender
3864/2009
- 11.2 Wohnraumberatung durch "wohn mobil" in Trägerschaft von PariSozial
gGmbH/DPWV
4593/2009

12 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

13 Anfragen

- 13.1 Erhöhung der Wohnkosten durch Wegfall des städtischen Aufwendungszu-
schuss
hier: mündliche Anfrage von RM Frau Stahlhofen (Die Linke)
- 13.2 Transparente Darstellung zum Sozialetat
hier: mündliche Anfrage von RM Herrn Ensmann

I. Öffentlicher Teil

A. Verpflichtung von sachkundigen Bürgern und sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohnern gemäß § 5 Hauptsatzung (ohne schriftliche Vorlage)

Der Ausschuss Soziales und Senioren verpflichtet einstimmig folgende sachkundige Bürgerin und sachkundige Bürger gemäß § 5 der Hauptsatzung:

Herr Dr. Walter Schulz (auf Vorschlag der SPD)
Herr Peter Krücker (auf Vorschlag der CDU)
Herr Horst Ladenberger (auf Vorschlag der Grünen)
Frau Regina Wilden (auf Vorschlag von pro Köln)

Der Ausschuss Soziales und Senioren verpflichtet einstimmig folgende sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner gemäß § 5 der Hauptsatzung:

Herr Franz Corneth (auf Vorschlag der CDU)
Frau Dr. Köhler (auf Vorschlag der CDU)
Herr Andreas Kossiski (auf Vorschlag der SPD)
Frau Lisa Steinmann (auf Vorschlag der SPD)
Frau Britta Hollmann (auf Vorschlag der Grünen)
Frau Jutta Eggeling (auf Vorschlag der Grünen)
Frau Antje Fratini (auf Vorschlag der Grünen)
Herr Jan Bennewitz (auf Vorschlag der FDP)
Herr Richard Klein (auf Vorschlag der Linken)
Frau Ellen Sängler (auf Vorschlag von pro Köln)
Frau Helga Blümel (auf Vorschlag des Diakonischen Werks des ev. Kirchenverbandes)
Frau Ulrike Volland-Dörmann (auf Vorschlag der Arbeiterwohlfahrt)
Herr Stefan Kersjes (auf Vorschlag der Arbeiterwohlfahrt)
Frau Maria Hanisch (auf Vorschlag des Caritasverbandes für die Stadt Köln)
Frau Monika Dierksmeier (auf Vorschlag des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands)
Herr Marc Ruda (auf Vorschlag des Deutschen Roten Kreuzes)
Herr Benzion Wieber (auf Vorschlag der Synagogengemeinde)
Frau Stella Shcherbatova (auf Vorschlag der Synagogengemeinde)

**B. Bestellung einer Schriftführerin im Ausschuss Soziales und Senioren
4608/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren bestellt Frau Claudia Kutzer zur Schriftführerin.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

**C. Aufzeichnung der Verhandlungen des Ausschusses für Soziales und
Senioren auf Tonband
4610/2009**

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, die Verhandlungen der Sitzungen auf Tonband aufzunehmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

1 Gleichstellungsrelevante Themen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

3 Beantwortung von Anfragen

**3.1 Teilnahme von wohnungslosen Menschen an der Kommunal- und Bundestagswahl 2009
3989/2009**

RM Frau Schmerbach fragt die Verwaltung, wie viele Wohnungslose es insgesamt in Köln gebe, um eine Bezugszahl für die Beantwortung der Frage zu haben.

Herr Santelmann erklärt, es gebe hierzu leider keine konkrete Bezugszahl. Er bedauert, daher keine genauere Antwort geben zu können.

4 Mitteilungen

4.1 Daten und Fakten zum Bedarf an preiswertem Wohnraum 3345/2009

Die Tagesordnungspunkte 4.1, 4.4 und 10.1 werden zusammen beraten.

Frau Bredehorst merkt zu diesem Konzept an, dass es einerseits von zwei Ämtern aus zwei verschiedenen Dezernaten gemeinsam erarbeitet und andererseits auch im Wohnungsbauforum besprochen worden sei.

Frau Kröger erklärt, erstmalig sei zu diesem Thema ein derartiges Konzept erstellt worden. Sämtliche Daten, die zum preiswerten Wohnungsbau vorhanden seien, habe die Verwaltung hierbei zusammengetragen. In Köln gebe es eine Zahl von 28 % der Haushalte, die tatsächlich eine preiswerte Wohnung benötigen. Diesem Anspruch müsse die Verwaltung gerecht werden. Daher gebe es hierzu die Beschlussvorlage zum „Handlungskonzept Preiswerter Wohnungsbau“, die der Ausschuss heute auf die nächste Sitzung vertagt habe.

Frau Kröger und Herr Ludwig erklären sich gerne bereit, zur nächsten Sitzung oder in den Fraktionen einen kurzen Vortrag zu diesem Thema zu halten.

Der Vorsitzende Herr Ott nimmt den Vorschlag der Verwaltung bezüglich einer Präsentation der Verwaltung in der nächsten Sitzung gerne auf.

RM Herr Helling begrüßt ebenfalls, dass die Verwaltung den Ausschuss vor der Beschlussfassung ausführlich informieren wolle.

Er regt an, in den Vortrag auch einige Aspekte der wohnungspolitischen Diskussion aufzunehmen, die bereits indirekt in dem Konzept vorhanden seien. Es gebe Thesen, die besagen, dass eine systematische Förderung von preiswertem Wohnraum nicht erforderlich sei, sondern dass eine Regelung über andere Formen von Subjektförderung erfolgen könne.

Eine andere Auffassung besage, dass es gar nicht möglich sei, den genauen Bedarf an preiswertem Wohnraum festzustellen; demzufolge sei auch keine Planung zur Intensivierung möglich.

SB Herr Dr. Schulz bemerkt, der Bericht enthalte eine ganze Reihe von wichtigen Aussagen, die intensiver diskutiert werden sollten. Er begrüßt ebenfalls eine Präsentation der Verwaltung. Herr Dr. Schulz weist zu Seite 6 des Berichtes auf die Zielvorgabe von jährlich 1000 Sozialmietwohnungen hin, die unterschritten worden sei. Es sei ihm daran gelegen, eine kontinuierliche Beobachtung einzuführen und den Ausschuss über die Entwicklung zu informieren.

Frau Bredehorst nimmt die Anregung von Herrn Dr. Schulz auf und sagt eine Information des Ausschusses zu.

RM Herr Ensmann teilt mit, die Zuordnung des Themenbereiches „Wohnen“ zum Ausschuss Soziales und Senioren stelle eine neue Herausforderung dar. Es seien sehr viele Informationen zu verarbeiten. Herr Ensmann bittet darum, dass das Amt für Stadtentwicklung und Statistik sowie das Wohnungsamt im Vorfeld die CDU-Fraktion

über die wesentlichen Inhalte informieren, damit in der nächsten Sitzung eine Entscheidung der CDU-Fraktion über die Beschlussvorlage möglich sei.

Frau Kröger und Herr Ludwig erklären sich hierzu gerne bereit.

4.2 Kürzung von Fördermitteln 2009 hier: Interkulturelle Zentren und "Therapiezentrum für Folteropfer - Flüchtlingsberatung" im Caritasverband für die Stadt Köln e.V. 4544/2009

Frau Bredehorst berichtet, die Mitteilung der Verwaltung sei inzwischen überholt.

Es habe eine Einsparvorgabe der Kämmerei gegeben, entsprechende Kürzungen für 2009 vorzunehmen. Inzwischen sei jedoch verwaltungsintern geklärt worden, dass beim Interkulturellen Referat - wie auch in den anderen Bereichen mit Zuwendungen für freie Träger – eine Ausnahme gemacht werden könne. Frau Bredehorst betont, dementsprechend konnten die Kürzungen für Interkulturelle Zentren inzwischen zurückgenommen werden.

Frau Bredehorst berichtet weiter, für 2010 gebe es im vorgelegten Haushaltsplan eine generelle Kürzung bei den Zuwendungen für freie Träger in Höhe von 12,5 %. Hierzu werde es innerhalb der Verwaltung noch bilaterale Gespräche zwischen den einzelnen Dezernenten und der Kämmerei geben. Frau Bredehorst ist der Auffassung, dass diese Kürzungen für die freien Träger in vielen Bereichen so nicht hinnehmbar seien.

SB Frau Volland-Dörmann bedankt sich dafür, dass es 2009 keine Kürzungen in diesem Bereich geben werde.

Sie bittet die Fraktionen einen Beschluss im Rat zu fassen, im Vorgriff auf den Haushalt 2010 Abschlagszahlungen für die freien Träger der Wohlfahrtspflege zu ermöglichen, damit deren Zahlungsfähigkeit Aufrecht erhalten werden könne.

RM Herr Helling berichtet, dass der Integrationsrat in seiner Sitzung erfreut zur Kenntnis genommen habe, dass die Kürzungen 2009 zurückgenommen werden konnten. Gleichzeitig habe der Integrationsrat eine Resolution an den Rat beschlossen, mit der dringenden Bitte, bei den geplanten Kürzungen 2010 zu berücksichtigen, dass die Interkulturellen Zentren in einer besonderen Lage seien und besondere Aufgaben haben. In der Resolution sei darum gebeten worden, dies bei den Haushaltsplanberatungen des Rates zu berücksichtigen.

4.3 Kürzung von Fördermitteln 2009 hier: Antirassismus-Training 4642/2009

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

4.4 Wohnen in Köln Fakten, Zahlen und Ergebnisse 2008 4502/2009

Siehe TOP 4.1.

4.5 Anpassung des vorübergehenden Unterbringungsbedarfs von Flüchtlingen im Zuweisungsverfahren 4565/2009

RM Herr Helling teilt mit, seines Wissens werde die Beratung für unerlaubt eingereiste Personen fortgeführt und sei nach Kalk verlagert worden.

Herr Helling fragt, ob es nach wie vor gewährleistet sei, dass neben der Beratung der neu ankommenden Flüchtlinge durch die Verwaltung der Stadt Köln auch die unabhängige Beratung stattfindet, die seinerzeit mitbeschlossen worden sei. Weiterhin bittet Herr Helling um Mitteilung, ob diese unabhängige Beratung auch dann gewährleistet sei, falls künftig eine Beratung erneut in die Vorgebirgsstraße umgezogen werden sollte.

Herr Kube erklärt, am Status der gemeinsamen Beratungsstelle ändere sich nichts in der Vorgebirgsstraße. Es gehe in der Mitteilung nur um die Aufnahmemöglichkeit für die Flüchtlinge, die in Köln ankommen, bis zu dem Zeitpunkt, bis die Entscheidung herbeigeführt werde, wo diese Personen letztlich hingewiesen werden. Köln sei nach wie vor ein Hauptankunftsort für unerlaubt eingereiste Personen.

4.6 Winterhilfe 2009/2010 für wohnungslose Menschen 4614/2009

Herr Santelmann informiert, die Träger hätten inzwischen 5 Wohncontainer und Bauwagen hergerichtet. Die Plätze seien über die Verwaltung mit wohnungslosen Menschen belegt worden.

4.7 Sozialtarife für Strom- und Gasbezug 4506/2009

RM Frau Schmerbach bedauert, dass kein Sozialtarif möglich sei. Sie bittet, zu gegebener Zeit über das sozialräumlich orientierte Modellprojekt in Chorweiler zu berichten vor dem Hintergrund, das Modellprojekt auch auf andere Stadtbezirke auszuweiten.

RM Herr Helling bestätigt, es sei klar, dass dieses Modellprojekt nur einen Einstieg darstellen sollte. Es sei dringend erforderlich, alle Möglichkeiten zu prüfen, um von der Modellphase in Chorweiler möglichst schnell eine stadtweite Ausweitung zu erreichen.

Herr Helling regt außerdem eine Ratsinitiative gegenüber dem Bund an. Es sei klar, dass die RheinEnergie selbst keine Form von Sozialtarifen anbieten könne. Jedoch

gebe es Modelle für Energiekonzerne, die Tarifstruktur so zu gestalten, um auch ärmeren Haushalten zu ermöglichen, tatsächlich geringere Energiekosten zu zahlen. RM Frau Stahlhofen fragt, ob sich das Modellprojekt auf den Stadtteil Chorweiler oder den Bezirk beziehe.

Weiterhin schließt sie sich der Anregung von Frau Schmerbach an und bittet um einen Bericht über den Erfolg des Projektes nach einem Jahr.

SB Herr Klein bittet um eine genauere Darstellung des Verfahrens. Er fragt, wie die Energieberater erfahren, in welchen Wohnungen sie nach Energieverschwendungen suchen sollen und was mit den Daten aus den Energieberatungen geschehe.

Frau Bredehorst erklärt, die Verwaltung sei ebenfalls sehr daran interessiert, dass sich das Projekt über Chorweiler hinaus ausbreite. Die Verwaltung befinde sich gerade in der Endphase für das Klimaschutzkonzept bzw. CO 2-Minderungskonzept für die Stadt Köln und werde das Modellprojekt in diesem Rahmen nochmals aufgreifen und über das Wohngebiet Chorweiler hinaus ausdehnen.

Frau Bredehorst betont, auf Grund der derzeitigen finanziellen Situation der Stadt sei die Verwaltung froh über die Zusammenarbeit mit der RheinEnergie, damit dieses Modellprojekt überhaupt finanziert werden könne.

Die Verwaltung greife den Vorschlag für eine Ratsinitiative gerne auf. Frau Bredehorst schlägt vor, sich an das Modell der Verbraucherzentrale NRW anzulehnen und stellt kurz die wesentlichen Inhalte dieser Tarifstruktur dar. Die Verwaltung sagt zu, eine entsprechende Vorlage zu fertigen.

Frau Bredehorst erläutert, dass sich das Gebiet für das Modellprojekt an das Sozialraumgebiet Chorweiler anlehne.

Herr Oster teilt zur Durchführung des Modellprojektes mit, dass die Energieberater auf Einladung tätig werden sollen. Somit erfolge der Zugang zu den Haushalten freiwillig. Zur Erfassung des Energieverbrauchs sei eine Erhebung von Verbrauchsdaten notwendig.

Herr Oster teilt mit, eine Aussage darüber, wann die Daten vernichtet werden, erfolge schriftlich zur nächsten Sitzung. Nach dem Vorher-Nachher-Vergleich werden die Daten nicht mehr benötigt. Die Daten werden der RheinEnergie nicht zu Verfügung gestellt, sondern verbleiben bei dem Träger zur Darstellung von Berichten und Verfassung des Endberichtes.

SB Frau Hollmann bittet um Darstellung anderer Möglichkeiten zur Energieeinsparung, um alte Geräte mit hohem Stromverbrauch ggf. mit einem Sponsor gegen neue austauschen zu können.

Herr Oster teilt mit, in dem derzeitigen Konzept sei der Austausch von Geräten noch nicht angedacht. Zu bedenken sei, dass bei der Ersatzgerätebeschaffung die Energieeffizienz in einer gewissen Relation zum Mitteleinsatz stehen müsse.

Frau Bredehorst ergänzt, dieser Aspekt des Austauschs sei zwar bedacht worden. Möglichkeiten gäbe es z.B. über Mikrokredite oder Zuschüsse für den Ersatz durch energiesparende Geräte. Allerdings sei dieser Aspekt mit der RheinEnergie nicht zu verwirklichen gewesen und letztlich an der Kostenfrage gescheitert.

Ausschussvorsitzender Herr Ott schlägt vor, den Träger zu bitten, zu dokumentieren, wo durch eine Ersatzgerätebeschaffung Einspareffekte zu erzielen seien. Natürlich müsse vor einer Ersatzbeschaffung eine Kosten-Nutzen-Rechnung durchgeführt werden. Je nach dem, wie gering jedoch die Einsparung von Energie sei, sei ein neues

Gerät teurer. Um dies genauer einschätzen zu können, sei eine diesbezügliche Ausarbeitung dem Trend nach sehr hilfreich.

Bezug nehmend auf vorangegangene Beratungen zu dem Thema in diesem Ausschuss erklärt RM Herr Ensmann, es sei klar, dass wegen der Konkurrenzsituation ein Sozialtarif gescheitert sei. Er betrachte es nun als wesentlichen Schritt, Menschen zu beraten, wie man auch auf anderem Wege die Energiekosten reduzieren könne.

RM Frau Stahlhofen weist darauf hin, dass Mieter nur durch Regulieren der Heizungsventile Einsparmöglichkeiten haben. Wärmebrücken seien vom Mieter nicht beeinflussbar.

4.8 Kennzahlenvergleich 2008 der 16 großen Großstädte der Bundesrepublik Deutschland 4808/2009

Da es sich um eine Tischvorlage handelt, verständigen sich die Ausschussmitglieder darauf, die Mitteilung auf die nächste Sitzung zu vertagen.

RM Frau Hoyer bittet, gerade für die neuen Ausschussmitglieder, die Berichte zum Kennzahlenvergleich aus den letzten drei Jahren zu Verfügung zu stellen.

Frau Bredehorst sagt eine Erledigung zu.

4.9 Bericht der U 25 Arbeitskonferenz 4846/2009

Da es sich um eine Tischvorlage handelt, verständigen sich die Ausschussmitglieder darauf, die Mitteilung auf die nächste Sitzung zu vertagen.

4.10 Geplante Investitionen 2009 im Rahmen des ABM-Stadtverschönerungsprogramms 4792/2009

Da es sich um eine Tischvorlage handelt, verständigen sich die Ausschussmitglieder darauf, die Mitteilung auf die nächste Sitzung zu vertagen.

4.11 Sozialplanung / Sozialberichterstattung im Amt für Soziales und Senioren 4932/2009

Da es sich um eine Tischvorlage handelt, verständigen sich die Ausschussmitglieder darauf, die Mitteilung auf die nächste Sitzung zu vertagen.

5 ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln

5.1 Sachstandsbericht der ARbeitsGEmeinschaft (ARGE) Köln 4443/2009

Der Vorsitzende Herr Ott weist darauf hin, dass die Koalitionsvereinbarung eine getrennte Trägerschaft vorsehe. Bis zum 31.12.2010 solle eine gesetzliche Regelung zur Neuorganisation erfolgen. Im Ergebnis bedeute dies, dass die Arbeitsgemeinschaften enden. Eine Mögliche Variante dabei wäre, dass die Kommunen nur noch für die Gewährung der Kosten der Unterkunft und Heizung zuständig wäre.

Der Sozialausschuss habe bereits in den 90er Jahren durch das Kölner Modell immer wieder versucht, als Kommune diesen Bereich maßgeblich mitzuprägen. Herr Ott hält es für wichtig, dass sich Politik und Verwaltung schnell grundsätzlich mit der Frage auseinandersetzen, wie man mit dieser Situation umgehe. Herr Ott hält die Entscheidung bezüglich der Trennung der Trägerschaft für falsch. Die Entwicklung der Trennung für die Zukunft sei derzeit sehr schwer abzusehen. Herr Ott befürchtet, dass mit der Neuregelung der Sozialetat der Verwaltung zwar erhöht werde, ohne jedoch mehr Gestaltungsspielraum zu erreichen.

Um weiterhin im Ausschuss auch Sozialpolitik gestalten zu können, hält es Herr Ott für wichtig, an das Modell der 90er Jahre anzuknüpfen. Herr Ott hofft, dass es dem Ausschuss für Soziales und Senioren gelingen werde, einen Konsens zu finden. Er bittet die Verwaltung um eine Darstellung der Situation, die es dem Ausschuss ermögliche, sich intensiv mit dem Thema zu beschäftigen.

Herr Ott geht fest davon aus, dass Stadt und Agentur für Arbeit intensiv zusammenarbeiten, um Lösungsmöglichkeiten für diese Situation zu finden und bittet, keine voreiligen Fakten zu schaffen oder Mittel zu binden, damit Gestaltungsspielraum für Rat und Ausschuss erhalten bleiben.

Frau Bredehorst teilt mit, die Verwaltung habe den Eindruck gewonnen, dass für diejenigen, die die Festlegung getroffen haben, die Aufgabenwahrnehmung zu trennen, nicht klar gewesen sein könne, was dies in der Praxis bedeute. Man habe gerade die größte Umwälzung im sozialen Sicherungssystem in der Bundesrepublik hinter sich. Der Ausschuss für Soziales und Senioren habe den Aufbau der ARGE sehr intensiv begleitet. Die ARGE sei inzwischen gut aufgestellt und verbessere sich noch weiter.

Frau Bredehorst erklärt, die nun geplante Trennung der Trägerschaft werde ungeahnte Konsequenzen haben. Die Verwaltung sei dabei, hierzu eine Arbeitsgruppe einzurichten. Eine getrennte Aufgabenwahrnehmung bedeute eine völlige Trennung in der Organisation, dies betreffe z.B. EDV, Personal und alle Arbeitsabläufe. Ebenfalls problematisch sei, dass diese Trennung innerhalb eines Jahres, während des laufenden Geschäftes, vollzogen werden solle.

Frau Bredehorst betont, mit der Trennung verliere die Stadtverwaltung das Herzstück der Sozialpolitik. Die Stadt werde keinerlei Gestaltungs- und Einwirkungsmöglichkeit für den größten Teil der Sozialhilfeempfängerinnen und –empfänger haben. Die Kommune werde demnach nur noch für die Gewährung der Kosten der Unterkunft und Heizung zuständig sein. Die Unterkunftskosten für die Stadt Köln belaufen sich auf ca. 300 Mio. EUR. Eine Senkung dieser Kosten sei nur dadurch möglich, in dem die Stadt das Geschäft der ARGE mitsteuere und mitgestalte, um Menschen in Arbeit bringen zu können.

Für die Stadt sei die in der Koalitionsvereinbarung vorgesehene getrennte Trägerschaft der schlimmste Fall, der eintreten konnte. Trotzdem müsse sich die Stadt nun darauf einstellen. Frau Bredehorst berichtet, dass sich nun allmählich Widerstand rege, da vielen Fachkundigen und dem Städtetag deutlich werde, was diese Umorganisation tatsächlich bedeute. Daher hoffe sie, durch diesen Widerstand erreichen zu können, dass das Rad nicht noch weiter zurückgedreht werde.

Frau Bredehorst weist ausdrücklich darauf hin, dass sich die Verwaltung nach wie vor fachlich verantwortlich für die betroffenen arbeitslosen Menschen fühle. Die Stadt sei in jedem Fall auch weiterhin zu einer Zusammenarbeit mit der Agentur für Arbeit bereit.

RM Herr Helling schließt sich inhaltlich den Einschätzungen der Vorredner an. Er bittet die Verwaltung, aus der Sicht der Stadt eine Einschätzung zum Inhalt des Koalitionsvertrags und dessen, was aus den Abschnitten des Koalitionsvertrags umgesetzt werde, abzugeben. Insbesondere bittet Herr Helling kurzfristig um eine Darstellung, wie der Städtetag und ggf. andere Kommunen darauf reagieren. Hierüber sollte dem Ausschuss für Soziales und Senioren in seiner nächsten Sitzung berichtet werden.

Ausschussvorsitzender Herr Ott betont, die Bitte von Herrn Helling entspreche genau der Intention seiner Anregung zu Beginn der Beratung über diesen Tagesordnungspunkt.

RM Frau Stahlhofen stellt zur beabsichtigten Senkung des Finanzierungsanteils des Bundes zu den Kosten der Unterkunft (KdU) einige mündliche Fragen (s. Anlage zur Niederschrift).

Frau Stahlhofen spricht sich dafür aus, dass der Rat z.B. mit einer Resolution an die Öffentlichkeit gehen sollte, um auf die Konsequenzen der Neuorganisation aufmerksam zu machen.

RM Herr Ensmann erklärt, die Organisation der ARGE in Köln sei sehr gut. Bei der Beurteilung über eine Veränderung in der Trägerschaft sollte man jedoch nicht nur die ARGE Köln im Blickfeld haben. Es gebe in anderen Orten erhebliche Kritik bei der Zusammenarbeit zwischen Kommunen und der Agentur für Arbeit. Von daher gebe es sicherlich Gründe, die die Bundesregierung zu den Veränderungen bewogen haben.

Herr Ensmann betont, er sei nicht erfreut darüber, wenn es zu einer Trennung kommen sollte. In der letzten Beiratssitzung sei von Herrn Welters und Frau Bredehorst die deutliche Absicht bekräftigt worden, weiterhin so eng wie möglich zusammenarbeiten zu wollen.

SB Herr Klein teilt mit, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der ARGE seien teilweise sehr beängstigt, was ihre eigene berufliche Zukunft betreffe. Er bittet die Verwaltung um Auskunft, inwiefern die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der ARGE bei diesem Umbauprozess mitwirken können.

RM Frau Hoyer schließt sich an die Äußerungen von Herrn Ensmann an. Aus der bundespolitischen Sicht könne man die Sachlage sicher anders bewerten. Jedoch sei in diesem Ausschuss die Kölner Situation entscheidend.

Frau Hoyer greift weiterhin den Vorschlag von Herrn Ott auf, dass der Ausschuss von der Verwaltung in den Stand gebracht werde, um fundierte Entscheidungen treffen zu können. Sie bittet um sachliche Informationen darüber, welche Veränderungen auf Köln zukommen und welche Auswirkungen dies habe sowie um eine Stellungnahme aus rechtlicher Sicht.

SB Herr Dr. Schulz macht darauf aufmerksam, dass selbst das Verfassungsgericht darauf hingewiesen habe, dass Grundlage jeder zukünftigen Regelung, die Versorgung aus einer Hand sein solle. Dies werde hiermit ignoriert.

Um die Versorgung und Betreuung der betroffenen Personen sicherstellen zu können, spricht sich Herr Dr. Schulz dafür aus, für Köln die bestmögliche Lösung anzustreben. Er bittet daher die Verwaltung, alle verfügbaren Informationen dem Ausschuss vorzulegen.

Frau Bredehorst sagt zu, den Ausschuss, soweit wie möglich, zu informieren.

Sie erläutert, die Stadt versuche auch weiterhin, bundespolitisch und über den Städtetag noch auf die Gestaltung Einfluss zu nehmen.

Frau Bredehorst berichtet, das KdU-Gesetz sei unabhängig von der Neugestaltung eine Regelung zur reinen Kostenverteilung. Zu diesem Gesetz gebe es eine Anhörung zu der sie als Sachverständige eingeladen sei. Sie erläutert kurz die aktuelle Situation zu der beabsichtigten Absenkung des Finanzierungsanteils des Bundes an den KdU.

Zur Frage nach der Senkung des Finanzierungsanteils zu den KdU teilt Frau Bredehorst mit, dass die Konsequenzen der Senkung allein den Haushalt der Stadt Köln betreffen, da für die KdU seitens der Stadt mehr gezahlt werden müsse. Dies sei jedoch unabhängig von den Mietobergrenzen. Frau Bredehorst versichert, die Kostenübernahme des Bundes habe überhaupt keinen Einfluss auf die Praxis, ob Wohnungen bewilligt werden oder nicht.

Frau Bredehorst teilt mit, sollte es zu einer Trennung kommen, sei klar, dass städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die jetzt in der ARGE arbeiten, bei der Stadt bleiben können. Allerdings werde es angemessene Übergangsregelungen geben müssen.

5.2 Strategisches Integrationsprogramm 2010 der ARGE Köln 4449/2009

Da es sich um eine Tischvorlage handelt, verständigen sich die Ausschussmitglieder darauf, diesen Punkt auf die nächste Sitzung zu vertagen.

6 Bericht aus der Arbeit der Behindertenbeauftragten

6.1 Bericht der Behindertenbeauftragten 11/2009 4667/2009

Die Ausschussmitglieder nehmen den Bericht ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

7 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

8 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

8.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

8.1.1 Entwicklung von "Suppenküchen" in Köln hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.04.2009 AN/0700/2009

Antwort der Verwaltung 3351/2009

RM Herr Helling bittet darum, Anfrage und Antwort an die Stadtarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenpolitik sowie die Steuerungsgruppe Bürgerschaftliches Engagement wegen der Bedeutung für die Entfaltung des bürgerschaftlichen Engagements weiterzuleiten.

Herr Helling bedankt sich bei der Verwaltung für die Beantwortung. Er sei jedoch etwas unzufrieden mit der Antwort auf die Frage 1. Es gebe im sozialen Köln eine gespürte Zunahme von solchen Ausgabestellen und auch den Eindruck, dass immer mehr Menschen auf diese Stellen angewiesen seien. Teilweise habe sich die Klientel der Suppenküchen im Laufe der Jahre verschoben. Herr Helling erklärt, er sei davon ausgegangen, dass die Verwaltung diese Problematik eruiere, was jedoch zugegebenermaßen sehr schwierig sei.

Herr Helling bittet die Verwaltung dennoch, die Ausgabestellen, die bekannt seien, sowie die Nutzerzahlen zusammenzustellen, auch wenn diese Auflistung nicht vollständig sei, und zu versuchen, die Entwicklung darzustellen.

Die Antwort auf die strukturelle Frage hält Herr Helling für relativ beruhigend. In manchen Fällen haben die Träger jedoch Sorge, dass sie die „Türöffnerfunktion“ und Aufvangen der Menschen nicht richtig regeln, sondern nur noch Essen ausgeben können. Daher hält Herr Helling die Einschätzung der Verwaltung, dass diese Ausgabestellen eine gute Ergänzung für das bestehende Beratungsnetz seien, für etwas optimistisch.

Herr Helling bringt seine Sorge zum Ausdruck, dass mit dieser Antwort die Probleme und Gefahren, d.h. die zunehmende Anzahl von billigen Lebensmittelausgabestellen, die auf strukturelle Mängel im kommunalen System hinweisen, nicht voll erfasst werden.

Frau Bredehorst teilt mit, die Beantwortung sei sowohl der Verwaltung als auch den Wohlfahrtsverbänden sehr schwer gefallen. Die Verwaltung habe keinen ausreichenden Überblick über die bestehenden Angebote. Die von Herrn Helling gestellten Fragen bewegen die Sozialverwaltung ebenso, allerdings sei eine Beantwortung nicht möglich.

Frau Bredehorst schlägt vor, die Anfrage zusammen mit den Zusatzfragen der Stadtarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenpolitik vorzulegen, damit dort gemeinsam diskutiert werden könne, wie eine weitere Antwort der Verwaltung aussehen könnte.

Ausschussvorsitzender Herr Ott schlägt vor, über die Lenkungsgruppe die Sozialraumkoordinatorinnen und –koordinatoren einzubeziehen, die einen guten Überblick über die 11 Sozialräume haben.

Außerdem hält Herr Ott es für sinnvoll, sich systematisch mit den von Herrn Helling aufgeworfenen Fragen zu beschäftigen. Dies beinhaltet für ihn eine übergreifende Betrachtung mit einer Verzahnung der Bereiche Jugend, Schule und Soziales.

Frau Bredehorst sagt eine Abfrage bei den Sozialraumkoordinatorinnen und –koordinatoren zu.

Bezug nehmend auf das weitere Anliegen von Herrn Ott, teilt Frau Bredehorst mit, leider sei auch bei einer dezernatsübergreifenden Betrachtung eine Beantwortung nicht möglich, da die Situation so unübersichtlich sei, dass selbst mit Hilfe der Wohlfahrtsverbände eine ausreichende Beantwortung mit vorhandenen Mitteln und Wissen nicht möglich sei.

RM Frau Hoyer begrüßt generell eine Diskussion darüber, wie strukturelle Probleme gelöst werden können.

RM Herr Helling unterstützt die Vorschläge der Verwaltung, zu diesem Thema in der Stadtarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenpolitik eine Anhörung und zuvor eine Abfrage bei den Sozialraumkoordinatorinnen und –koordinatoren zu machen. Anhand der Ergebnisse könne sich eine weitere Diskussion im Ausschuss Soziales und Senioren anschließen.

SB Herr Krücker begrüßt den Vorschlag, die Diskussion in der Stadtarbeitsgemeinschaft Wohnungslose weiterzuführen. Eine empirische Untersuchung dieser Problematik sei im nachhinein jedoch nicht mehr sinnvoll.

Herr Krücker schließt sich den Einschätzungen von Herrn Helling an. Den Trägern der Wohnungslosenhilfe sei das Problem bekannt, dass Menschen dieses Angebot in Anspruch nehmen, die nicht primär wohnungslos seien. Deswegen seien diese Träger auch in der Lage etwas zu dieser Problematik zu sagen.

Die Ausschussmitglieder stimmen abschließend darin überein, dass die Verwaltung das Thema in die Stadtarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenpolitik einbringen, die Erkenntnisse aus der Abfrage bei den Sozialraumkoordinatoren aufarbeiten und dem Ausschuss eine zusammenhängende Darstellung vorlegen solle.

8.1.2 Einbehalt der Beiträge für Krankenkasse und Rentenversicherung durch die ARGE
hier: Anfrage der Fraktion DieLinke.Köln vom 14.08.2009
AN/1302/2009

Antwort der Verwaltung
4009/2009

SE Herr Klein hält es für unbefriedigend, dass bei der Antwort auf Frage 5 die Verwaltung keine Zahlen erfasse.

**8.1.3 Aufgabe und Bedeutung der Verbraucherzentrale für die Stadt Köln
hier: Anfrage der CDU-Fraktion vom 19.08.2009
AN/1231/2009**

**Antwort der Verwaltung
4603/2009**

Zu der Beantwortung der Frage 5 bittet RM Herr Helling um Darstellung der Entwicklung der Finanzierungsstruktur der Verbraucherberatungsstelle Köln in Bezug auf Landesmittel, Kommunale Förderung, Eigen- und Drittmittel. In diesem Zusammenhang sei in die Beantwortung auch der Aspekt der Mitfinanzierung durch Sparkassen aufzunehmen.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

8.2 Aktuelle Anfragen

**8.2.1 Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die ARGE Köln
hier: Anfrage der CDU Fraktion vom 04.11.2009
AN/1650/2009**

Die schriftliche Antwort der Verwaltung erfolgt zur nächsten Sitzung.

**9 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes
Nordrhein-Westfalen**

**9.1 Konzept Mehrgenerationenwohnen
hier: Förderung von 5 Projekten nach Vorgaben des o.a. Konzeptes
4554/2009**

SB Frau Wilden beantragt eine getrennte Abstimmung zu den Projekten Nr. 1 bis 5.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt die Zuschussgewährung von 800.000,00 € zur Finanzierung anteiliger Projektkosten für

- 1.) Ledo Köln-Niehl, Monika-Plonka-Platz
- 2.) Villa anders, Köln-Ehrenfeld, Helmholtzstr.
- 3.) Stellwerk 60 in Köln-Nippes

4.) Auf dem Sandberg in Köln-Poll

5.) Nürnberger Str. in Köln-Höhenberg

an die Gemeinnützige Aktiengesellschaft für Wohnungsbau in Köln. Mittel stehen zur Verfügung im Teilergebnisplan 0901, Stadtplanung und -entwicklung, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen im Teilansatz für Zuschüsse Mehrgenerationenwohnen. Der Ansatz von 2008 wurde im Rahmen der Ermächtigungsübertragung nach 2009 übertragen.

Abstimmungsergebnis zu 1., 3., 4., 5.:

einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis zu 2.:

mehrheitlich zugestimmt

Für die Bezuschussung von Nr. 2 stimmen die Fraktionen SPD, CDU, Grüne und FDP. Gegen die Bezuschussung stimmt die Fraktion pro Köln

9.2 Vergabe der Mittel für Antirassismus-Training 2009 hier: Änderung von Verwendungszwecken der bereits vergebenen Mittel 4786/2009

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren stimmt der Änderung der Verwendungszwecke für die bereits vergebenen für Antirassismus-Training in 2009 wie folgt zu:

1) NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln (gefördert mit insgesamt 10.000 €)

Die für die Projekte

a) Durchführung und Dokumentation der Tagung „Die Erfindung der Deutschen. Rezeption der Varusschlacht und die Mystifizierung der Germanen“ für -insbesondere pädagogisch tätige - Multiplikator/innen

b) Durchführung von Workshops und Seminaren im Rahmen der Ausstellung „Demokratie stärken, Rechtsextremismus bekämpfen – Nordrhein-Westfalen für Demokratie und Menschlichkeit“

nicht verwendeten Mittel in Höhe von **540 €** werden für die Durchführung eines Anti-Bias-Trainings für Multiplikatoren und Multiplikatorinnen der Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit verwendet.

2) RAA (Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (gefördert mit insgesamt 4.580 €)

Die für ein Teilprojekt „Durchführung einer Fachtagung „Roma als Mediatoren in Schule, Beruf und sozialer Arbeit“ nicht verwendeten Mittel in Höhe von **800 €** werden für eine Präsentation von Wettbewerbsbeiträgen und Übergabe von Urkunden für die Preisträger/-innen der Aktion an Kölner Schulen mit dem Titel „Dissen mit mir nicht! Kreativ gegen Rassismus und Diskriminierung!“ verwendet.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

10 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

**10.1 Stadtentwicklungskonzept Wohnen
Handlungskonzept Preiswerter Wohnungsbau
3280/2009**

Die Tagesordnungspunkte 4.1, 4.4 und 10.1 werden zusammen beraten.

Die Entscheidung über die Beschlussvorlage wird auf die nächste Sitzung vertagt.

11 Ausschussempfehlungen an den Rat

**11.1 Einrichtung eines Referates für Lesben, Schwule und Transgender
3864/2009**

RM Herr Helling bittet die Verwaltung zu erklären, warum diese Vorlage so kurzfristig auf die Tagesordnung gekommen sei und regt an, die Niederschrift kurzfristig für die Beratungen in den nachfolgenden Gremien zur Verfügung zu stellen.

RM Herr Ensmann spricht sich dafür aus, diese Beschlussvorlage in die Beratungen zum Haushaltsplan aufzunehmen.

Ausschussvorsitzender Herr Ott erklärt, seines Wissens solle die Einrichtung des Referats haushaltsneutral erfolgen, daher erübrige sich eine Verweisung in die Haushaltsplanberatungen.

Frau Bredehorst teilt mit, bei der Vorlage handele es sich um die Ausführung des Ratsbeschlusses vom 30.06.2009, das LST-Referat einzuführen. Die Verwaltung habe es geschafft, die Haushaltsneutralität sicherzustellen. Auf Grund einiger Abstimmungsschwierigkeiten innerhalb der Verwaltung, die inzwischen aber ausgeräumt werden konnten, sei eine fristgerechte Vorlage für die heutige Sitzung nicht mehr möglich gewesen.

SB Frau Wilden bezweifelt, dass es bei der Haushaltsneutralität bleibe, wenn das LST-Referat erst einmal eingerichtet worden sei. Nach der haushaltsneutralen Einrich-

tung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender habe die Verwaltung in diesem Jahr Mittel ausgegeben, um Vertreter von Homosexuellenorganisationen aus Partnerstädten zum CSD einzuladen. Es sei nicht vorstellbar, dass bei dem LST-Referat keine Personal- und Folgekosten z.B. für Handlungskonzepte anfallen werden.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

11.2 Wohnraumberatung durch "wohn mobil" in Trägerschaft von PariSozial gGmbH/DPWV 4593/2009

RM Herr Helling bittet die Verwaltung zu erklären, warum diese Vorlage so kurzfristig auf die Tagesordnung gekommen sei und regt an, die Niederschrift kurzfristig für die Beratungen in den nachfolgenden Gremien zur Verfügung zu stellen.

Herr Santelmann teilt mit, bei der Beschlussvorlage gehe es darum, dass es Menschen mit Pflegebedarf möglich gemacht werde, auch weiterhin zu Hause wohnen bleiben zu können. Die Verwaltung könne bei Pflichtleistungen steuernd Einfluss nehmen, indem sie präventiv tätig werde, z.B. durch eine entsprechende Fachberatung. Dabei verfolge die Verwaltung die Umsetzung des Prinzips „ambulant vor stationär“.

Herr Santelmann berichtet, das Land sei inzwischen aus der Finanzierung ausgestiegen und wolle sich auch künftig nicht an der Finanzierung beteiligen. Die Pflegekassen seien bereit, sich weiter hälftig an einer Finanzierung zu beteiligen. Die Dringlichkeit der Beschlussvorlage ergebe sich daraus, dass die Beratungsstellen nun auf eine städtische Entscheidung über die Finanzierung angewiesen seien, da dies wiederum die Voraussetzung für die Finanzierungszusage der Pflegekassen sei.

Ausschussvorsitzender Herr Ott erklärt, von der Sache her erscheine diese Maßnahme sinnvoll. Die SPD-Fraktion habe hierzu jedoch noch Beratungsbedarf. Daher bittet er um Verweisung der Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien.

Herr Ott betont, es sei sehr bedauerlich, dass das Land solche Präventivmaßnahmen nicht mehr finanziell unterstützen wolle.

RM Herr Helling bittet die Verwaltung um genauere Prüfung und Darstellung der Einspareffekte im Hinblick auf die bevorstehende Beratung im Finanzausschuss.

SE Frau Dierksmeier teilt mit, es gebe eine Berechnung aus Bielefeld, die man hier hinzu ziehen könne.

Frau Dierksmeier spricht sich dafür aus, dass die Verwaltung den Bescheid für den DPWV schnell erstelle. Es gebe von der Pflegekasse die Zusage, die Mittel bis Ende

2010 zu zahlen. Die Finanzierung über die Pflegekasse erfolge jedoch nur, wenn der DPWV den Bescheid bis Anfang des Jahres 2010 vorlegen könne.

RM Herr Ensmann hält es für sinnvoll, die Finanzierung der Beratungsstelle seitens der Stadt weiterzuführen, auch wenn das Land aus der Finanzierung ausgestiegen sei.

Die Verwaltung nimmt diese Anregungen auf. Frau Bredehorst sagt zu, dass die Verwaltung die Berechnung genau überprüfen werde.

Beschluss:

Der Ausschuss für Soziales und Senioren beschließt, die Beschlussvorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

12 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

13 Anfragen

13.1 Erhöhung der Wohnkosten durch Wegfall des städtischen Aufwendungszuschuss hier: mündliche Anfrage von RM Frau Stahlhofen (Die Linke)

RM Frau Stahlhofen erklärt, im Rahmen des öffentlich geförderten Wohnungsbaus zahle die Stadt Köln einen städtischen Aufwendungszuschuss. Nach dem Wegfall dieses Zuschusses, in der Regel nach 14 Jahren, erhöhen sich die Kaltmieten der betroffenen Wohnungen erheblich. Bei den GAG Wohnungen im Waldkautzweg (Rondorf) liege diese Erhöhung bei bis zu 16%. Diese Mieterhöhungen werden, nach den Informationen der Fraktion Die Linke, in voller Höhe an die Mieter weiter gegeben.

Frau Stahlhofen bittet daher um Beantwortung einiger mündlicher Fragen (s. Anlage zur Niederschrift).

Die Verwaltung sagt - soweit dies möglich ist - eine schriftliche Beantwortung zur nächsten Sitzung zu.

Der Vorsitzende Herr Ott, regt an, sich zum neuen Themenfeld des Ausschusses, Wohnen, genauer mit der Systematik und der Vorgehensweise der GAG zu beschäftigen. Herr Ott spricht sich dafür aus, in einer der nächsten Sitzungen einen der Vorstände der GAG einzuladen und dem Ausschuss über die aktuelle Situation berichten zu lassen.

**13.2 Transparente Darstellung zum Sozialetat
hier: mündliche Anfrage von RM Herrn Ensmann**

RM Herr Ensmann hält den vorliegenden NKF-Haushalt seines Erachtens für nicht transparent genug. Er bittet die Verwaltung dem Ausschuss für Soziales und Senioren für die bevorstehenden Haushaltsplanberatungen, kurzfristig eine möglichst transparente Aufstellung zum Sozialetat, vorzulegen, aus der die Veränderungen zu den Vorjahren ersichtlich und die daraus resultierenden Auswirkungen kurz dargestellt sind.

Die Verwaltung wird versuchen, der Bitte von Herrn Ensmann nachzukommen.

genehmigt:
gez. Bredehorst
(Beigeordnete)

gez. Ott
(Vorsitzender)

gez. Kutzer
(Schriftführerin)